

Bezugsbedingungen und Anzeigensätze sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 282 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag

14. Juli 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstags 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 282 - 297.

## Der Anschlag gegen die Einheitschule.

### Zersplitterung als Bürgerblockparole. — Kirchliche Schulaufsicht soll wiederkehren.

Die endgültige Fertigstellung des Reichsschulgesetzes im Reichskabinett ruft schon jetzt die Deffektivität zur Stellungnahme auf. Aus Andeutungen und Mitteilungen, die wir in der Bürgerblockpresse finden, kann man die Leitgedanken des neuen reaktionären Gesetzes bereits zusammenstellen, auch ohne, daß sein Wortlaut vorliegt.

Es wird von allen Seiten hervorgehoben, daß „volle Einmütigkeit“ unter den Ministern herbeigeführt worden sei und daß die Vorbehalte der volksparteilichen Minister nur auf die verhältnismäßig nebensächliche Frage sich erstrecken, welche Stellung die süddeutschen, d. h. die badischen und hessisch-nassauischen Simultanschulen einnehmen sollen. Bisher waren in diesen Landesteilen die Simultanschulen — das sind Gemeinschaftsschulen mit Religionsunterricht — aus früherer Zeit als alleinige Schulsysteme zugelassen. In der Reichsverfassung ist ihnen auch eine Vorzugsbehandlung zugesichert worden. Jetzt aber will der Entwurf ihre Auflösung und ihre Überführung in Konfessionsschulen nach einer bestimmten Uebergangszeit vorbereiten. Nur gegen diese Auflösung der bestehenden geschlechtlich geschützten Simultanschulen in Baden und Hessen-Nassau haben die Herren Curtius und Stresemann gestimmt, im übrigen aber ist, wie die „Tägliche Rundschau“ und die „Germania“ in gleicher Wärme bekennen, volle Einmütigkeit unter den Ministern hergestellt, so daß die „Deutsche Zeitung“ mit einigem Recht davon sprechen darf, es handle sich bei der Haltung der volksparteilichen Minister nur um eine schöne Geste für die Wählerchaft!

Praktisch wird der Entwurf darauf hinauslaufen, die mühsam angestrebte Einheitlichkeit des deutschen Schulwesens grundsätzlich zu zerreißeln. Während die sogenannten höheren Schulen auch weiterhin ohne Rücksicht auf die Religionsbekenntnisse der Eltern bestehen bleiben, soll für die Kinder des werktätigen Volkes die Zerklüftung nach dem Tauffchein der Eltern erfolgen. Von der Vorzugsstellung, die nach der Verfassung die „für alle gemeinsame Grundschule“ einnehmen soll, wird hier bewußt abgewichen, um wiederum die konfessionelle Zersplitterung bis ins Letzte zu vervollständigen.

Zu alledem soll auch noch die geistliche Schulaufsicht wieder eingeführt werden, die durch die Revolution endgültig beseitigt schien. Als Feigenblatt für diese reaktionäre Maßnahme hat man auf volksparteilichen Wunsch nur bestimmt, daß die zur Ueberwachung des Religionsunterrichts in der Schule von der Kirche bestellten Geistlichen den Charakter als Staatsbeamte erhalten sollen.

Es soll in Zukunft nicht nur möglich sein, konfessionellen Minderheiten Religionsunterricht sicher zu stellen, sondern jede konfessionelle Minderheit soll auch das Recht haben, eine besondere Schule für sich zu verlangen, selbst, wenn es sich um verschwindende Zahlen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung handelt. Daß darunter die Entwicklung der Schule als Unterrichtsanstalt schwer leiden muß, ist allseitig anerkannt. Aber den deutschnationalen Protestanten liegt so viel daran, sich für weitere Wirtschaftsziele die Gunst des Zentrums zu erhalten, daß sie zu jeder Konzession bereit sind, selbst auf die Gefahr

hin, daß sie in Zukunft in jedem ostelbischen Dorfe neben ihrer evangelischen Schule auch noch eine katholische aufmachen müssen!

Die Sozialdemokratie hat ihre Stellungnahme durch den Beschluß des Kieler Parteitages neuerdings festgelegt:

„Die Sozialdemokratie hält die reichsgesetzliche Regelung des deutschen Schulwesens als Erfüllung der im Art. 146 Abs. 2 der Reichsverfassung ausgesprochenen Verpflichtung für eine unbedingte und dringende Notwendigkeit.“

Diese Regelung ist ohne Schädigung der pädagogischen Leistungsfähigkeit der Schule gewissenhaft im Sinne der Weimarer Schulvereinbarung und der entsprechenden Verfassungsbestimmungen durchzuführen, da die bisherigen gesetzgeberischen Versuche gerade daran gescheitert sind, daß entweder von Reichstagsmehrheiten oder von den jeweiligen Reichsregierungen die Weimarer Grundlage verlassen wurde.

Vor allen Dingen verlangt die Sozialdemokratie mit der größten Entschiedenheit, daß die weltliche Schule endlich die ihr bis zur Stunde vorenthaltene gesetzliche Grundlage sowie die selbstverständliche Förderung durch die Schulverwaltungen erfährt. Mit der gleichen Entschiedenheit lehnt sie alle Versuche ab, über die Verfassungsbestimmungen hinaus die Bekenntnisschule unmittelbar oder mittelbar zu bevorzugen, sei es durch Beeinträchtigung der staatlichen Schulhoheit in bezug auf den Religionsunterricht, sei es durch Gefährdung der staatsbürgerlichen Rechte der Lehrer, sei es durch bevorzugte Anerkennung von Bekenntnisschulen ohne Befragung der Erziehungsberechtigten, sei es insbesondere durch Einbeziehung von Schulangelegenheiten in etwaige Vereinbarungen von Religionsgesellschaften mit dem Reich oder den Ländern (Konkordate). Das Schul- und Erziehungswesen kann weder im ganzen noch im einzelnen seiner Teile durch solche Vereinbarungen geregelt werden, zumal sie überhaupt überflüssig sind, weil sie sich selbstverständlich im Rahmen der Reichsverfassung zu halten haben und verfassungsmäßige Rechte und Freiheiten des Staatsbürgers in keiner Weise beschränken dürfen.“

Im Kampfe um das Reichsschulgesetz, der jetzt in ein neues Stadium tritt, wird die Sozialdemokratie gegenüber den Rückschrittstendenzen das Banner des kulturellen Fortschritts entfalten. Sie wird die Zersplitterung der Schulsysteme bekämpfen und die weltliche Einheitschule als das Ziel jedes weisichtigen Schulmannes in den Vordergrund stellen. Grundätzlich ist sie der Meinung, daß der Religionsunterricht nicht eine Sache des Staates, sondern eine solche der religiösen Organisationen darstellt, daß er also außerhalb des Schulbetriebes von den betreffenden Organen der Kirche vorgenommen werden solle, soweit die Eltern ihn überhaupt für notwendig erachten. Freiheit der Entwicklung aber muß auch den immer zahlreicher werdenden Familien gewährt werden, die einen Religionsunterricht in überlieferter Form überhaupt nicht mehr für erforderlich erachten. Wobei als selbstverständlich nur erwähnt zu werden braucht, daß wir eine Durchdringung des Gesamtunterrichts mit religiösen Tendenzen für absolut unzulässig halten und eine dahingehende Absicht mit allen Kräften bekämpfen werden.

lage, als ein Ausnahmegesetz, wandte. Der radikale Abgeordnete Lamoureux verlangte nähere Angaben über die Tragweite des Gesetzes. Hierauf wurde die allgemeine Aussprache geschlossen und in die Beratung des einzigen Artikels des Entwurfes eingetreten.

Im Verlaufe dieser Beratung stellte der radikale Abgeordnete Triballet den Zusatzantrag, die Ausfuhrzölle für landwirtschaftliche Produkte von der Liste der für Aenderungen in Frage kommenden Positionen zu streichen. Dieser Antrag, den Landwirtschaftsminister Queuille nur mit Ausnahme der Positionen für Weizen, Roggen und Holz gelten lassen will, wird mit dieser Einschränkung mit 340 gegen 156 Stimmen angenommen und hierauf der Gesamtentwurf in öffentlicher Abstimmung mit 480 gegen 26 Stimmen bei keiner Enthaltung angenommen.

Sodann wurde die Session der Kammer geschlossen.

### Vorbildliches Minderheitenrecht.

#### Deutschösterreich gibt den Slowenen kulturelle Selbstverwaltung.

Wien, 14. Juli. (WIB.) Im Kärntner Landtage brachten alle Parteien ein Gesetz ein, welches der slowenischen Minderheit das Recht der kulturellen Selbstverwaltung gewährt. Auf Grund des nationalen Katasters (der Eintragung ins Nationalverzeichnis durch Selbstbekenntnis) werden örtliche Kulturgemeinden geschaffen, deren Organ der slowenische Kulturrat in Klagenfurt ist. Slowenische Schulen, deren Kosten das Land Kärnten trägt, werden in Gemeinden mit mindestens 40 slowenischen Kindern errichtet. Die Mehrkosten für doppel-sprachige Schulen werden im Einvernehmen mit dem Bunde geregelt.

Vanderveelde hat dem deutschen Gesandten von Keller die Antwort des Kriegsministers Brocqueville auf die deutschen Vorstellungen überreicht. Ihre Veröffentlichung hängt von Deutschland ab.

## Elsässische Heimatbewegung.

### Französische Lockspindelarbeit.

Von Emil Fischer, Nürnberg.

Als 1871 die beiden französischen Provinzen Elsass und Lothringen durch die Annexion zu Deutschland kamen, bildete sich im Reichsland sofort eine Protestlerpartei, die starken Anhang bei der Bevölkerung fand. Zahlreich war Elsass-Lothringen im Reichstag nur durch Protestler vertreten. Erst mit dem Erstarken der Sozialdemokratie in den Industrieorten Elsass-Lothringens schwand auch langsam der Einfluß dieser Protestlerpartei.

Als Elsass-Lothringen im Jahre 1918 durch den Ausgang des Weltkrieges wieder an Frankreich zurückkam, herrschte zunächst im Lande große Begeisterung. Die Franzosen wurden jubelnd begrüßt, und mit offenen Armen kam ihnen die Bevölkerung entgegen. Dieser Zustand dauerte jedoch nicht allzu lange. Die französische Regierung, namentlich aber die französische Militärbehörde, scheint die Psyche der elsass-lothringischen Bevölkerung genau so wenig erfaßt zu haben wie die vormaligen deutschen Machthaber. Französische Beamte wurden eingesetzt, die elsass-lothringischen Intellektuellen zurückdrängte. Eine Französisierungspolitik setzte ein, die genau so ungeschickt und tollpatschig vorging wie früher die kaiserlich-deutsche Regierungskunst.

Wenige Jahre nach dem Anschluß Elsass-Lothringens an Frankreich bildete sich im Lande eine neue Partei, der sogenannte Heimatbund. Sein Hauptziel ist: Elsass-Lothringen den Elsass-Lothringern! Das einzige Blatt, das anfänglich diesem Heimatbund zur Verfügung stand, die Zaberner „Zukunft“, wurde von den Behörden scharf verfolgt und schikaniert. Aber je mehr die französischen Behörden diesem Blatte Schwierigkeiten bereiteten, desto stärker wuchs der Heimatbund. Namhafte Politiker, wie der frühere Reichstagsabgeordnete und Präsident des elsass-lothringischen Landtags, Dr. Ricklin, der Sohn des ehemaligen Staatssekretärs Baron Klaus v. Bulaß und der frühere Reichstagsabgeordnete Pfarrer Hägg übernahmen die Führung dieser neuen elsass-lothringischen Heimatbewegung. Hauptsächlich aus den Kreisen des früheren elsass-lothringischen Zentrums, der größten Partei des Landes, erhielt die neue Bewegung starken Zulauf.

Die französischen Nationalisten versuchen alles, um den Heimatbund in Elsass-Lothringen wie auch in Frankreich zu diskreditieren und ihn als eine geheime Wache von deutscher Seite hinzustellen. Erst vor wenigen Wochen mußte Pfarrer Hägg, der zugleich Chefredakteur eines Colmorer Zentrumsblattes ist, vor dem Gericht Schutz suchen. Ein Redakteur des Pariser „Journal“ hatte ihm vorgeworfen, er stehe im Dienste Deutschlands und hätte auch durchblicken lassen, daß Häggs Blatt mit deutschem Geiz gepeist werde. Der Prozeß nahm einen theatraleischen Ausgang. Da der angeklagte Pariser Redakteur nichts beweisen konnte, forderte sein Rechtsbeistand, einer der besten französischen Advokaten, den Pfarrer Hägg auf, seine Liebe zum Mutterland Frankreich dadurch zu bekunden, daß er mit ihm und dem ganzen Gericht in den Ruf einstimmte: Vive la France!

Jetzt haben sich die französischen Nationalisten den früheren Kammerpräsidenten Ricklin vorgenommen, um ihm ein Bein zu stellen. Der Coup der Nationalisten scheint gelungen zu sein. Vor einigen Tagen schrieb nämlich ein französischer Lockspindel, der sich in Mülhausen als „Papiergroßhändler“ niedergelassen hat und sich dem Dr. Ricklin gegenüber als glühender Feind der Franzosen und eifriger Autonomist ausgab, einige Briefe. In einem dieser Briefe des französischen Lockspindels heißt es:

„Die elenden Kreaturen der französischen Regierung brauchen sich keineswegs zu wundern, wenn wir Elsäßer uns offen in die Arme Deutschlands werfen. Sie treiben uns mit ihren niederträchtigen Verfolgungen dazu. Das kann ich ihnen garantieren: Wenn wir eine solche Polizeiratte ausfindig machen können, daß diese ihre Glieder für längere Zeit im Verbande trägt.“

„Soll es zu irischem Kampfe kommen, so bin ich keiner, der zurücktreten wird, mit der Waffe in der Hand den elsässischen Boden zu verteidigen gegen den weltlichen Eindringling. Seien Sie unser Führer und helfen Sie uns zum Siege gegen den gemeinen Feind, der das Elsass in eine Wüste verwandeln will.“

„Rein Plan wird jetzt verwirklicht und noch diesen Monat wird die erste Bombe gegen die verruchten Chauvinisten pfeifen.“

Der Führer des Heimatbundes, Dr. Ricklin, ein alter und gewiegter Parlamentarier, ein Mann, der durch die Zentrumschule gegangen ist, wird bei diesen Zellen nicht etwa stuhlig, sondern läßt sich von dem französischen Lockspindel glatt ins Garn locken und schreibt ihm einige Briefe. In einem dieser Briefe heißt es:

„Was Sie „Im Rahmen Frankreichs“ schreiben, ist mehr als wahr. Zweifelnd Sie aber keinen Moment, daß dies eine durch die Umstände bedingte Fassade ist, welche wir ja bald werden abreißen müssen, wenn uns die anderen Parteien so knapp auf den Fersen folgen, wie es in den letzten Tagen den Anschein genommen hat.“

In einem vorhergehenden Briefe hatte Ricklin den Lockspindel darauf aufmerksam gemacht, daß die Heimatbewegung in ihrem Programm betreffs der Autonomie den

## Die Zwangsarbeit der Kolonialvölker.

### Besserungsversuche des Genfer Arbeitsamtes.

Genf, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Untersuchungsausschuß des Internationalen Arbeitsamtes für die Zwangsarbeit der eingeborenen Völker in den Mandatsgebieten und Kolonien beschloß, dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes zu empfehlen, die Frage auf die Tagesordnung einer der nächsten Arbeitskonferenzen zu setzen. Im Prinzip soll unbedingt die Beseitigung aller Zwangsarbeit angestrebt werden, doch zeigten die genauen Studien des Internationalen Arbeitsamtes und die Beratungen der Sachverständigen, daß dieses Ziel nicht mit einem Schritte zu erreichen sein wird, so daß als Uebergangsstadium eine Regelung der Zwangsarbeit vorgezogen werden soll.

Zu diesem Beschluß des Untersuchungsausschusses dürften die Enthüllungen unseres Genossen Leon Blum im „Populaire“ über die furchtbare Regerausbeutung der „Compagnie Forestière“ in Französisch-Zentralafrika wohl beigetragen haben.

## Bokanowskis Sondervollmachten.

### Zwecks Abschlußes des deutsch-französischen Handelsvertrages.

Paris, 13. Juli. (WIB.) In der Kammer verlangte heute abend Handelsminister Bokanowski die sofortige Beratung des bereits mitgeteilt Entwurfes eines dreimonatigen Ermächtigungsgesetzes zur Ermöglichung des Abschlußes eines Handelsabkommens mit Deutschland. Diesen Verlangen wurde stattgegeben. Der sozialistische Abgeordnete Barthe befrwortete das Gesetz, dessen Annahme im Interesse der deutsch-französischen Beziehungen liege, während sich der radikale Abgeordnete Rogaro gegen die Vor-

**Ausdruck.** „Im Rahmen Frankreichs“ nicht weglassen könne, da sonst dem Staatsanwalt Gelegenheit geboten sei, wegen Hochverrats einzuschreiten. Anscheinend haben die phrasenhaften Briefe des Polizeispitzels auf den Führer des Heimatbundes, Dr. Kiehn, so gut gewirkt, daß er ihm auch den zweiten Brief schrieb, der nun für die französischen Nationalisten ein gefundenes Fressen ist. Der Reinfall Dr. Kiehn hat im Lager der Heimatbündler großes Aufsehen erregt und zahlreiche Rücktritte prominenter Persönlichkeiten veranlaßt.

Was mit der ganzen Bewegung noch werden wird, läßt sich schwer voraussagen. An dem Willen und Hoffen der elsaß-lothringischen Bevölkerung wird aber die französische Regierung wenig ändern können. Was die Elsässer wollen, ist, daß sie in ihrem Lande Herr im Hause sein können; sie möchten vor allen Dingen Autonomie haben. Bei keiner Bevölkerungsschicht in Europa ist daher auch der Vertrag von Locarno mit solcher Begeisterung aufgenommen worden wie gerade in Elsaß-Lothringen. Dies Land, das jahrhundertlang der Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich war, dessen Boden so oft mit Blut getränkt worden ist, möchte endlich die Brücke werden zur Verständigung zwischen den beiden Kulturen Deutschland und Frankreich. Elsaß-Lothringen, das so viele Kräfte mitgemacht hat, möchte endlich wahr haben, daß mit Hilfe des Locarno-Vertrages der Völkerfriede in Europa einzieht.

## Die Schließung des Sejm.

Der Eindruck in Warschau.

Wollte Pilsudski Diktator sein? Die Schließung der Parlamentssession in einem Augenblick, wo der Sejm den Willen zur Selbstbehauptung zeigte und vor der Wiederholung der schon einmal erfolgten Aufhebung von preffeindlichen Regierungsverordnungen stand, läßt eigentlich keinen anderen Schluss zu. Die Regierung Pilsudskis ist ja auch nicht aus dem Parlament hervorgegangen, sondern gewaltsam gegen den damaligen Staatspräsidenten durchgesetzt worden; der Staatspräsident aber war vom Parlament gewählt und repräsentierte die Demokratie. Freilich ist auch kein Nachfolger Professor Rosciski von den beiden Häusern des Sejm gewählt worden, aber er ist bei aller persönlichen Unzulänglichkeit doch nur eine Schachfigur in der Hand des Marschalls, der die Präsidentenwürde selbst abgelehnt hat.

Obwohl das Pilsudskische Regime den Staatsstreik seiner Einsetzung damit rechtfertigte, daß man aus dem unproduktiven Parteigezänk heraus müsse, obwohl es gelegentlich dem Parlament seine Heringschätzung kundgab, hat es doch den entscheidenden Schritt nicht getan, sich als offen antiparlamentarische Diktatur zu erklären und dementsprechend zu handeln. Selbst die Schließung des Parlaments ist noch kein Beweis nach dieser Richtung, denn die Verfassung gibt eben der Regierung das Recht, durch den Staatspräsidenten die Session schließen zu lassen und räumt diesem Faktor auch das Recht ein, in der Zeit von Parlamentsferien — ob sie nun freiwillig oder auferlegt seien — vorläufige Erweise zu erlassen, die jedoch auf Verlangen des Parlaments aufgehoben werden müssen. Natürlich ist es jedoch ein übler Dreh, wenn man diese Bestimmung benutzt, um sich vom Parlament zu befreien, damit man solche Erweise erlassen oder ihre Aufhebung verhindern könne. Durch diese Schließung wird einmal der Pressezwang gerettet, man wird wohl auch, wie unser Warschauer Berichterstatter schon angekündigt hat, die glücklich zustandgekommene Auslandsanleihe „verankern“ — fragt sich nur, ob die amerikanischen Geldgeber in einem bloßen Regierungssatz ohne Parlamentsbeschluß die genügende Sicherstellung sehen werden.

Nicht zu verkennen ist aber auch, daß die Schließung die Weiterberaterung jener Wahrscheinlichkeitsverhältnisse verhindert, durch die Rechte die Mandatszahl der Minderheitsvölker einschränken und dadurch selbst

dieses einzige Gebot der Rechtsgleichheit aller polnischen Staatsbürger, gleichviel welcher Nation sie angehören, entgegen will. Aber die Schließung war zur Abwehr dieses Planes nicht nötig, denn der damit befaßte Sejmausschuß hatte auf sozialdemokratischen Antrag hin bereits die Beratung dieses Wahlrechtsrahmens unterbrochen.

Jedenfalls beeinträchtigt die Schließung praktisch die Tätigkeit des Parlaments, ja beendet sie fast gewaltsam. Zu Gewaltstreichen hat Joseph Pilsudski eine starke Neigung. Die nächste Zukunft wird zeigen, ob er wirklich seine sozialistisch-radikaldemokratische Bergangenheit zugunsten einer reaktionären Kastenherrschafft von Militär, Großgrundbesitz und Großkapital preisgeben will.

Dieser Schlussatz der III.-Medlung müßte noch nachgeprüft werden. Leider wurde ein Warschauer Telefongespräch an uns durch sehr schlechte Verständigung sehr beeinträchtigt und nach kurzer Zeit getrennt; ob wegen Zeitablaufs oder durch — höhere Gewalt, ist noch ungeklärt.

### Der Grund zur Schließung.

Warschau, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Grund zur Schließung ist nach offizieller Darstellung nicht das Presseverbot, sondern das Verlangen des Parlaments, sich durch eigenen Beschluß auslösen zu können. Dieses Recht hat das Parlament bis zum Malumsturz Pilsudskis gehabt, seitdem aber hat es der Staatspräsident. Die Entziehung dieses Parlamentsrechts ist ein Hauptziel des Pilsudskischen gewesen; man betonte, daß an dem Elend der Innenpolitik der Mangel eines außerparlamentarischen Auflösungsrechts schuld sei. Jetzt will Pilsudski dieses Recht des Staatspräsidenten durchaus erhalten und darum wird das Parlament gehindert, diese Änderung zu beschließen.

### Warschauer Pressestimmen.

Warschau, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die der Regierung nahesteheende Presse verteidigt die Sessionsschließung und erklärt, daß die Regierung in diesem Falle als die wahre Verteidigerin der Demokratie und des Parlamentarismus aufgetreten sei, der in seiner jetzigen Gestalt nur eineerspaltung des Parlamentarismus darstelle. Die Rechtspresse dagegen weist darauf hin, daß die Regierung lediglich vor der Annahme des Gesetzes auf Wiederverleihung des Sejmauflösungsrechts an den Sejm Angst gehabt habe, da sie im Falle eines parlamentarischen „Selbstmordes“ die Ausschreibung von Neuwahlen hätte vornehmen müssen, wozu sie im Augenblick wegen ungenügender Vorbereitung für die Wahlen nicht geneigt sei. Die Regierung versuche den Sejm am Leben zu erhalten, um ihn als Werkzeug zu benutzen; sie wolle durch ihn die erlassenen Dekrete bestätigen lassen, habe jedoch seine Arbeiten sofort unterbrochen, als sie bemerkte, daß der Sejm eigene Initiativen in gesetzgeberischer Beziehung aufzunehmen begann. Im „Kobornik“ bespricht Genosse Kiedziakowski die Schließung der Session und deren Begleitumstände, die tragische Folgen zeitigen würde. Die Regierung verfolge mit ihren Handlungen die Absicht, den Sejm zu unterminieren und untergrabe damit auch den demokratischen Gedanken, ohne sich aber gleichzeitig für eine neue Staatsform, Faschismus, Diktatur, Sowjetismus, zu entschließen. Wozu, so fragt Kiedziakowski im Namen der Sozialisten, führt die Regierung Pilsudski den polnischen Staat?

Der Erfolg einer beabsichtigten Aktion der Abgeordneten, den Staatspräsidenten durch Unterschriften-sammlung zur Wiedereröffnung der Session zu veranlassen, ist noch fraglich, weil die Abgeordneten der Bauernpartei eine Fortsetzung der Beratungen in den Sommermonaten nur ungern sehen würden.

### Das Ende eines Dokumentenfälschers.

#### Druschilowski zum Tode verurteilt.

In Moskau ist gegen ein sensationeller Prozeß zu Ende gegangen; der frühere zaristische Offizier Druschilowski, eine auch der Berliner politischen Polizei nicht unbekannt Persönlichkeit,

wurde vom Obersten Gericht in Moskau zum Tode verurteilt. Die Anklageschrift hatte ihm einmal Spionage zugunsten Polens zur Last gelegt und, zum anderen, die Fälschung einer Anzahl falscher Dokumente, die die Unterzeichnung der Sowjetregierung und der Komintern trugen. Unter diesen soll sich auch befinden haben eine Instruktion zur Vorbereitung der Wahlen in die Exekutiv des Kominterns in den Vereinigten Staaten Amerikas, ferner eine Instruktion über die wechselseitigen Beziehungen zwischen den französischen kommunistischen Partei und schließlich eine Reihe von Schriftstücken, die sich auf die Tätigkeit des Kominterns in Bulgarien bezogen. Die letzteren wollte Druschilowski auf direkte Bestellung des bulgarischen Gesandten Popon angefertigt haben. — Popon stellt dieses übrigens entschieden in Abrede. Die Schriftstücke sollen auch auf dem bekannten Kommunistenprozeß in Sofia eine Rolle gespielt haben. Damit soll aber Druschilowski Tätigkeit noch lange nicht erschöpft gewesen sein: sowohl aus Amerika als auch aus Polen soll man an ihn mit den verschiedensten diesbezüglichen Anträgen herangerufen sein. Alle diese Tatsachen wurden in der Anklageschrift auf Grund des Geständnisses Druschilowski festgestellt; unter anderem auch die Tatsache, daß er im Auftrage des polnischen Gesandten in Berlin ein Schriftstück verfertigt hatte, aus dem hervorgehen sollte, daß die Eisenbahnkatastrophe im polnischen Korridor von Kommunisten herbeigeführt sei. Bevor er an die Ausführung des Auftrages schreiten konnte, wurde er von der Abteilung Ia verhaftet. Er wurde zwar dieses Mal auf freien Fuß gesetzt, hinterher aber zum zweitenmal verhaftet und aus Deutschland ausgewiesen. Er begab sich nach Estland, von dort nach Riga und wurde im Juni 1926 beim Ueberschreiten der russischen Grenze von der Polizei verhaftet. Er war in allen Punkten geständig und erklärte unter anderem, daß der berühmte Sinajew-Brief gefälscht sei, wenn auch nicht von ihm.

Daß Sowjeddokumente verschiedenlich gefälscht worden sind, scheint festzustehen. Ebenso unzweifelhaft ist es aber, daß die Fälschertätigkeit Druschilowski ein Doppelgesicht aufweist. Eigentümlich erscheint es, daß er trotz seiner Spionagetätigkeit eine zeitlang den Berliner Sowjeterebenen Emigrantenkreisen nahegekommen hat. Die linksgerichteten Emigrantenkreise haben bereits damals auf diesen verdächtigen Umstand aufmerksam gemacht.

#### Druschilowski hingerichtet!

Moskau, 14. Juli. (WIB.) Das Präsidium des Zentral-Exekutivkomitees der Sowjetunion sprach das Gnadengebet Druschilowski ab. Das Urteil wurde vollstreckt.

### Von der New Yorker Finanzkonferenz.

#### Schacht über ihre Ergebnisse.

Vor deutschen Pressevertretern in New York gab der Reichsbankpräsident Schacht Erklärungen über die Ergebnisse der Konferenz der Notenbankdirektoren ab, die dieser Tage stattfand. Man habe die Frage besprochen, ob es möglich sei, die Goldverhältnisse einzudämmen und zu verbilligen. Weiter habe man sich mit dem Problem der Kaufkraft des Goldes beschäftigt. Diese Frage sei für Deutschland bedeutungsvoll, weil sie im Zusammenhang stehe mit der Festlegung des Wertes der Sachleistungen auf Grund des Dawes-Planes. An dritter Stelle sei über die Festlegung der Höhe der Diskontsätze in den einzelnen Ländern diskutiert worden.

Ueber den Dawes-Plan sei nicht gesprochen worden, auch nicht über die Transferfrage. Schacht meinte nach dem Bericht der III. der Dawes-Plan bedürfe keiner Revision, da er alle Möglichkeiten vorsehe. Der Tag werde kommen, wo man den Dawes-Plan und die Transferfrage in aller Offenheit diskutieren müsse, doch sollte man vernünftigerweise die vier Versuchsjahre verstreichen lassen und den Eindruck vermeiden, daß man künstlich manipuliere.

Die fremde Rheinlandbesatzung beträgt, wie der britische Kriegsminister im Unterhause mitteilte, 56 569 Franzosen, 7383 Engländer und 6381 Belgier.

## Heimarbeit.

Von Ernst Loller.

Was mah' ebend, wenn dr' Hunger kommt, zu a vierzehn Notzeiten sein, und wenn mo' daberon etwa ni' satt wird, da truh' ma' an Steen ins Maul nehmen und dran lutschen...

Der Bürger, der Hauptmanns „Weber“ sieht, täuscht sich leicht in gehobener Gefühl: „Das war vor achtzig Jahren möglich.“ Er weiß nicht, daß Stunden von ihm entfernt Gleiches noch heute sich ereignet.

Im Erzgebirge habe ich mich umgeschaut und diese Feststellungen über Heimarbeit gemacht:

Jahreslöhne von zweihundertvierzig bis zweihundertsechzig Mark bei neun- bis elfstündiger täglicher Arbeitszeit sind in Industrieorten wie Aue die üblichen.

Die Ausnützung des Menschen lohnt sich so sehr, daß es Fabrikbesitzer gibt, die Maschinen stillstehen lassen und sie durch Handarbeit ersetzen. (Wiso das Umgekehrte wie in den vierziger Jahren tun!)

Ich sprach eine Heimarbeiterin, zweiundfünfzig Jahre alt, seit Jahrzehnten tätig. Sie bekommt die zugewiesenen Teile von Benjamin und Oberhemden. Ihre Arbeit besteht darin, jene Teile sorgfältig zusammenzusetzen. Den Zwirn muß sie in der Fabrik auf eigene Kosten kaufen. Sie bezahlt für die Rolle Untergarn fünfundsünfzig Pfennig, für die Rolle Obergarn fünfundsiebzig Pfennig. Bei zwei Dugend Oberhemden verwendet sie zwei Rollen Garn. Lohn erhält sie für ein Dugend Oberhemden drei Mark neunzig Pfennig. Als gewandte und erfahrene Arbeiterin vermag sie in der Woche zwei Dugend Oberhemden zu nähen. Sie hat also einen Reinverdienst von sechs Mark sechzig Pfennig wöchentlich. Die Nähmaschine wird ihr nicht gegeben, sie muß sie sich kaufen. Mechanische Stepparbeit in der Fabrik stellt sich teuer.

Klöppelarbeiten sind lukrativer. Die Arbeiterin bekommt für eine kleine Tablettdecke, für die elf Stunden Arbeitszeit angelegt sind, den fünfteiligen Lohn von einer Mark zehn Pfennig, also zehn Pfennig Stundenlohn. Klöppelack und Klöppel muß von der Arbeiterin gekauft werden.

Die Silberpoliererinnen kann auf die Klöppel-Kollegin neidisch sein. Sie erhält für den Büssel, an dem sie eine Stunde arbeitet, fünf Pfennig. Immerhin braucht sie die Hoffnung nicht aufzugeben, später, wenn sie sich eingearbeitet hat, es auf zwei Büssel die Stunde zu bringen.

Im Jahre 1910 sollten die Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen besteuert werden. Nach langen Verhandlungen gab die Steuerbehörde ihren Feldzug auf, sie mußte sich übergeben, daß der Lohn vierhundert deutsche Reichsmark im Jahr nirgends erreichte.

Wer vermag sich vorzustellen, wie diese Menschen leben können? Vor der Revolution waren die meisten politisch indifferent, sie

neigten zu Sektierertum und hungerten in Hoffnung auf ein besseres Jenseits.

In der ersten Zeit nach der Revolution waren sie alle radikale Kommunisten.

Heute kämpft nur noch ein kleiner Teil.

Die meisten sind wieder Sektierer, bohrende und dumpfe Menschen, mit gebeugtem Rücken und zerfressenem Willen...

### Ein Weibsteufel-Drama.

Im Zentraltheater geht es seit gestern wüst und dämlich zu. Von den vier Personen des Dramas „Menschenschlag“ von Franz Holt werden im Verlauf des abends zwei ermordet. Das sind 50 Proz. der Mitspielenden, eine Quote, mit der Herr Holt die klassischen Vertreter der Hintertreppendramatik in den Schatten stellt. Die Schuld an dem bedauerlichen Blutbad trägt Radja, ein mannstolles Frauenzimmer von überlebensgroßer Dämonie. Der junge Wischa, der von Seelenreinheit übersprudelt, hat einem schmerzigen Uhemacher eins über den Kopf verkehrt und glaubt nun, gehetzter Mörder zu sein. („Menschenschlag!“) Der Uhemacher lebt aber frisch und munter weiter und nur der Schiffer auf seinem Schleppbohr, der den Schauplatz der fesselverwirrenden Ereignisse abgibt, und besagte Radja wissen, daß sich Wischa umsonst vor den Armen der Gerechtigkeit fürchtet. Mit den gemeinen Mitteln der Verworfenheit hält die böse Radja bei Wischa das Schuldbewußtsein aufrecht, um ihn damit an sich zu fetten. Den Schiffer, der dem armen jungen Menschen endlich den Seelenfrieden wiedergeben will, ermordet sie hinterrücks. Solche greulichen Folgen kann die Liebe haben. Um der bedäunfängenden Angelegenheit ein Ende zu machen, ermürgt schließlich Wischa den Weibsteufel, und das Trauerspiel klingt in dem dumpfen Wort „Mörder“ aus, das der Verdammte dem Begehrten hinterrücks zuschleudert. Die Handlung des Stückes und die Seele der Bühnenfiguren sind überaus kompliziert. Die Kompliziertheit steht im umgekehrten Verhältnis zu den Fähigkeiten des Autors, in dessen Gehirn sich absonderliche Vorstellungen von der Welt und von dramatischer Technik gebildet haben. Auf vier Personen hat Herr Holt zum mindesten gewirkt, nämlich auf die vier Darsteller, die sich in die Dämonie des Schauerdramas so eingelebt haben, als ob es sich im Stück um wirkliche Menschen handelte. Renée Swobrowa, Ferdinand Hart, Dias Bach und Robert Garrison erleben auf diese Weise den Schauspielertum von 1880.

Wertbund gegen Volkstanz-Ausstellung. Der Vorstandsausschuß des Deutschen Wertbundes hat ein Schreiben an den Reichsminister des Innern gerichtet, das gegen den Plan der Volkstanz-Ausstellung Dresden 1929 Stellung nimmt, wie er in der Denkschrift des Reichslandwirtschaftsministeriums niedergelegt ist. Der Wertbund warnt davor, eine künstlerische Beziehung zwischen der Arbeit des heutigen gestaltenden Handwerkers und der eigentlichen Volkstanz herzustellen. Das der Ausstellung gesteckte Ziel, die Volkstanz wieder zu beleben, sei unerreichbar, und eine derartige Ausstellung könne in der wichtigen Frage des Neuaufbaues der gestaltenden Arbeit, wie sie vom Deut-

lichen Wertbund verfolgt wird, Verwirrung schaffen und das bisher Erreichte aufs schwerste gefährden.

Vor einiger Zeit wurde bemerkt, daß der Reichskunstwart die großen Ausstellungspläne des Deutschen Wertbundes nicht eben unterstützte. Jetzt nimmt der Wertbund gegen den Ausstellungsplan des Reichskunstwartes Stellung. Über Ausstellungen können doch auch gute Ideen haben, wenn sie aus einem anderen Hause als dem eigenen stammen. Wenn diese Gegnerschaft so weiter geht, werden die großen Ausstellungen niemals eine Form erhalten, die wirklich die beste ist. Die Volkstanzausstellung gehört zu jenen guten Ideen, denen eine Gegnerschaft nicht tödlich sein kann. Das deutsche Handwerk weiß selbst, daß es heute mit einer bequemen Anknüpfung an die alten Ueberlieferungen der Volkstanz, die mit ganz anderen Bedürfnissen zu rechnen hätte, nicht getan ist. Trotzdem kann es auch für das Handwerk von heute förderlich sein, zu sehen, welche gute Ueberlieferung es noch an manchen Orten in Deutschland hat.

Zum Direktor der Staatlichen Akademie für Kirchen- und Schulmusik in Berlin ist Joeben an Stelle von Prof. Karl Thiel, der demnächst infolge der Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand tritt, Prof. Dr. Hans Joachim Moser, Professor der Musikwissenschaft an der Universität Heidelberg, unter gleichzeitiger Ernennung zum ordentlichen Honorarprofessor an der Berliner Universität, berufen worden. Der Gelehrte, unter den Musikwissenschaftlern Deutschlands einer der bekanntesten, ist der Sohn von Joseph Joachims Freund Andreas Moser, dem langjährigen Lehrer für Violine an der Staatlichen Hochschule für Musik in Berlin. Er verdankt seinen Ruf insbesondere seiner „Geschichte der deutschen Musik“.

Die künstliche Züchtung menschlicher Gewebe. Die künstliche Gewebezüchtung hat bisher in die Forschungsmethoden der Kliniken verhältnismäßig wenig Eingang gefunden. Eine der Hauptgründe liegt wohl darin, daß sie mit tierischem Material arbeitet, während die Klinik mit den lebenden Menschen zu tun hat. Nunmehr berichtet Prof. H. Mayer (Lüdingen) über gemeinsame Untersuchungen mit Prof. Heim, welche ergaben, daß auch menschliches Gewebe außerhalb des Körpers künstlich züchtbar ist. Zur Züchtung verwenden sie vor allem den Mutterkuchen, die Schafhaut (die innerste, der die Frucht umhüllenden Eihüllen) und hässliche Geschwülste. Die neuen biologischen Probleme und Fragen, die sich auf Grund dieser experimentellen Untersuchungen ergeben, sind sehr zahlreich. So ergeben sich interessante Einblicke über den Einfluß der Umgebung auf das normale Wachstum, über das Gewebewachstum unter dem Einfluß von Röntgenstrahlungen, über künstliches Wachstum und Funktion der Gewebe, Beeinflussung des Wachstums durch Arzneistoffe usw. Jedenfalls wird man von diesen neuen Forschungsmethoden bei dieser künstlichen Gewebezüchtung bei Menschen noch wertvolle Erkenntnisse erwarten dürfen.

In der Großen Berliner Kunstausstellung werden am Sonnabend, 12 Uhr, die neuen Sonderausstellungen dem Publikum zugänglich gemacht. Es handelt sich um die bekanntesten abstrakten Künstler Kandinsky, Klee, Weisinger und Namonsky, sowie um schleswig-holsteinische und junge dänische Künstler.

Der Länger Sebastian Drossel, eine Zeit lang Partner der Anita Weber, ist in Hamburg gestorben. Er hat sich ebenso wie seine Partnerin, weniger durch seine Kunst als durch seine persönlichen Extravaganzen bekannt gemacht.

## Das Urteil im Kutischer-Prozess. Freispruch und geringe Gefängnisstrafen.

Nachdem das Gericht, das die Verhandlungen im Prozess Kutischer durchführte, ausdrücklich festgestellt hatte, daß das Verfahren gegen Ivan Kutischer infolge seines Todes eingestellt sei, verurteilte der Vorsitzende das Urteil gegen die Mitangeklagten. Der Angeklagte Grieger wurde unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Die Berufung des Angeklagten Bie wurde auf seine Kosten verworfen. Auch die Berufung Alexander Kutiskers und Grobes wurde auf ihre Kosten verworfen, allerdings mit der Maßgabe, daß die Strafe gegen Alexander Kutisker von 6 auf 4 Monate Gefängnis herabgesetzt und durch die Untersuchungshaft als verbüßt betrachtet wurde. Die Strafe gegen Grobe, der ebenfalls 6 Monate Gefängnis in der ersten Instanz erhalten hatte, wurde auf 3 Monate reduziert. Ferner wurde nach der Beschluß verkündet, daß der gegen Alexander Kutisker erlassene Haftbefehl aufgehoben und die zu seiner Enthaltung von einem Verwanden als Sicherheit gestellte Kaution von insgesamt 15 000 M. wieder freigegeben werde. Landgerichtsdirektor Dr. Schülke wandte sich dann der Begründung des Urteils zu, wobei er betonte, daß das Gericht sich auch mit den Taten Ivan Kutiskers insofern befassen müsse, als daraus die Beihilfe der Mitangeklagten hervorgehe. Die Anklage habe auf Betrug und Beihilfe zum Betrug gelaufen. Der Vorsitzende beschloß sich dann eingehend mit dem Ergebnis der Beweisaufnahme in der zweiten Instanz, wobei er darauf hinwies, Kutisker habe stets behauptet, daß er die Staatsbank nicht habe betrügen wollen. Kutisker habe auf den erhofften Zusammenbruch der Rentenmark spekuliert und als dieser nicht eintraf, seinen Verpflichtungen nicht nachkommen können. Als betretend bezeichnete er der Vorsitzende, daß die Staatsbank trotz der Fehlschläge der Kutiskerschen Projekte die Kredite noch von 6 auf 14 Millionen erhöht habe.

Vor der Urteilsverkündung hatte noch Geheimrat His, der erste Leiter der Medizinischen Klinik der Charité ein Gutachten über den plötzlichen Tod Ivan Kutiskers abgegeben und zusammenfassend erklärt, daß man keineswegs sagen könne, daß die Verhandlung nachteilig oder auf seinen Gemütszustand erregend gewirkt habe. Die Stimmung Kutiskers sei vielmehr in den letzten Tagen zuverlässig und zufrieden gewesen, und erst gestern morgen habe Kutisker ihn, Geheimrat His, gegenüber geäußert, daß er erwarte, mit einer so geringen Gefängnisstrafe davonzukommen, daß sie durch die Untersuchungshaft als verbüßt betrachtet werden könne. Er habe ferner gebeten, auch nach der eventuellen Haftentlassung noch einige Wochen in der Charité bleiben zu können, bis sich sein Schicksal endgültig entschieden habe. Zum Schluß betonte Geheimrat His nochmals, daß keine äußeren Einflüsse den Tod verursacht hätten. Der Vorsitzende richtete dann an die Verteidiger die Frage, ob sie noch irgendwelche Erklärungen zu dem Gutachten von Professor His abzugeben hätten, worauf aber verzichtet wurde.

## Zum Mord am Arnswalder Platz.

Nachdem die Vernehmung des Formers Oppenkamsti, des Mörders der Elisabeth Stangierski, protokolllarisch festgelegt worden ist, wurden seine Aussagen noch einmal, soweit es möglich ist, genau nachgeprüft. Sein Freund, mit dem er in jener verhängnisvollen Januarnacht gejeht hatte, wurde ebenfalls herbeigeholt. Auch er entsann sich, daß beide dem Alkohol reichlich zugesprochen hätten. Trotz genauerer Durchsicherung der Wohnung wurde, wie wir schon berichteten, die Leiche und Halskette der Ermordeten nirgends gefunden. Beide Gegenstände sind auch später nie wieder aufgetaucht, so daß die Aussage Oppenkamstis, er habe die Leiche in die Spree geworfen, der Wahrheit entsprechen dürfte. Die Schlüssel hatte er aufgehoben, um sie — nach seiner eigenen Behauptung — später einmal zu „gebrauchen“. Der Verhaftete bleibt auch jetzt, wo er sich beruhigt hat, bei der ersten Darstellung, daß er an die eigentliche Tat keine Erinnerung mehr habe. Nach Abschluß der kriminalpolizeilichen Ermittlungen wird Oppenkamst dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

## Umsonst kein Federstrich!

Der in den schweren Jahren der Geldentwertung zu überflüssige gelungene Brauch, daß Behörden für einfache Zustände, für Kluge Bescheide und ähnliche Schreibereien ganz ansehnliche Gebühren einforderten, sollte jetzt wohl „restlos“ beseitigt werden. Bei der Postverwaltung scheint man noch nicht so weit zu sein, daß man deraartige Arbeiten zu den allgemeinen Geschäftskosten schlägt und auf Bezahlung verzichtet. Ein Fernsprechnnehmer legt uns eine vom Berliner Fernsprechn Nordwest ihm im Juni d. J. zugegangene Mitteilung vor, die auf seine Bitte um Stundung von rund 25 Mark Fernsprechngebühren einen genehmigenden Bescheid gibt, aber für die Stundung 50 Pf. und an Verzugszinsen 7 Proz. verlangt. Daß man Zinsen haben will, mag vom Standpunkt des Kaufmanns auch berechtigt sein, wenn auch ein Zinsfuß von 7 Proz. nicht als zu knapp gelten kann. Aber eine besondere Stundungsgebühr von 50 Pf. zu erheben, ist das Gegenteil des Entgegenkommens, das ein Kaufmann seinem Kunden erweisen zu müssen für Pflicht hält. Das ist bureaukratisch-fiskalische Kleinlichkeit — aber sie hat die Wirkung, der fordernden Post etwas einzubringen.

## Freigesprochen, aber ins Irrenhaus.

Gegen seinen eigenen Willen und unter lautem Protest wurde kürzlich der Schornsteinfeger Emil Below vom Schöffengericht Mitte freigesprochen. Er hat von seinen 40 Lebensjahren mehr als 12 Jahre in Gefängnissen und Irrenanstalten zugebracht. Nach seiner Freilassung verübte er immer wieder denselben Verbrechensakt des Ringneppens. Auch jetzt lag wieder ein ähnlicher Fall vor. Da hatte er einen Bäckergehilfen kurzerhand angeprochen und ihn mit der Bemerkung, er komme doch bald wieder ins Zuchthaus, „die Brillantringe“ zum Preise von 10 M. angeboten, die von einem Einbruch stammen sollten. Der Bäcker hatte aber den Schwindel gemerkt und war nur zum Schein auf das Geschäft eingegangen. Hinterher ließ er den Verkäufer festnehmen. Der Gerichtsarzt Dr. Bürger erklärte den Angeklagten für seine Handlungen nicht verantwortlich. Er habe einmal einen Fall vom Schornstein durchgemacht und dabei einen schweren Schädelbruch erlitten. Etwas anderes als den Ringneppstrich vermöge sich der Angeklagte in seinem Gehirn nicht auszuheben. Der Sachverständige erklärte aber Below gleichzeitig für gemeingefährlich. Dementsprechend erkannte das Schöffengericht auf Freisprechung, belohnd aber, den Angeklagten sofort dem Volkshospizium zur Internierung als gemeingefährlichen Geisteskranken zu überweisen. Gegen die Freisprechung tobte der Angeklagte. „Ich will meinen Knast abmachen. Jetzt habt ihr mich richtig verloben und kann fünf bis sechs Jahre festhalten bis ich wieder rauskomme. Ich bin ein armer Teufel und kein Affe.“ Alles Lamentieren half ihm aber nichts, es blieb bei seiner Freisprechung und Festhaltung.

## Kranensturz am Westhafen.

Auf dem Gelände des Westhafens stürzte heute vormittag in einem Hallenneubau ein großer Kran aus bisher noch ungeklärter Ursache ein. Bis auf einen Arbeiter, der am Arm leichte Verletzungen davontrug, konnten die übrigen Arbeiter, die mit der Montage des Krans beschäftigt waren, rechtzeitig zur Seite springen.

## Hochstapler verteil nach Berlin gebracht.

Nachdem es in Köln gelungen war, auch die Geliebte Dertels, Anna Bonnet, aufzuspüren und festzunehmen, wurde der Verhaftete gestern vom Kriminalkommissar Kanthack nach Berlin gebracht.

# Der Kampf in der Studentenschaft.

## Zum Würzburger Studententag.

Vom Mitglied des Studentenausschusses der Universität Berlin und Hochschulpolitischen Beirat des Verbandes sozialistischer Studierender Deutschlands und Oesterreichs, Heinz Krüger, wird uns geschrieben:

Eine der Grundideen der Revolution von 1918, das Mitbestimmungsrecht des einzelnen zu fördern, um dem demokratischen Grundgesetz: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ von unten her gerecht zu werden, wirkte sich auch für das Studententum aus. Neben den Arbeiter- und Soldatenräten, die später in den Betriebsräten ihre endgültige Form fanden, neben Schüler- und Elternbeiräten bildeten sich auch allgemeine Studentenausschüsse, die, hervorgegangen aus einer Kriegsgeneration, sich auch im neuen Staate in Form einer studentischen Selbstverwaltung ein weites Aufgabefeld erschließen wollten.

Allerdings ging der Staat dabei von der selbstverständlichen Voraussetzung aus, daß alle die Kräfte, deren Entfaltung und deren Ringen nach Freiheit er begünstigte, sich nach ihrer staatsrechtlichen, verfassungsmäßigen Eingliederung auch der Rechte und Pflichten gegenüber der souveränen Volksgemeinschaft bemußt wären und deshalb mit an dem Aufbau des neuen Staates und nicht gegen ihn zu wirken hätten.

In diesem Sinne wurde auch den Studentenschaften zuerst in Preußen durch den damaligen sozialdemokratischen Kultusminister Konrad Haenisch 1920 ein Studentenrecht gegeben, das dem kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Wollen des Studententums weitestgehend Rechnung trug und gleichzeitig ein Verbindungsmitglied zu den übrigen Volksschichten zu werden versprach. Ausgeschlossen waren parteipolitische und religiöse Zwecke. Damit hatte das heranwachsende Akademikertum einen Maßstab in der Hand, wie ihn die Burschenschaften der achtundvierziger Revolutionszeit sich erträumt hatten, die sozialistische Revolution fast ein Jahrhundert später aber erst erfüllen sollte.

## Die Quertreibereien der Völkischen.

Die Reaktion witterte in den heranwachsenden Geistes- schichten Nährboden für ihre zerlegenden Pläne und verstand es, fremde Menschen und Rechte für sich nutzbar zu machen. Die rechtsstehenden Parteien mit ihrer allgewaltigen Presse redeten der studierenden Jugend den Glauben an die künftige Führer- berufung des Akademikers ein, obwohl doch gerade die Gegenwart lehrte, wie gut auch Arbeiteröhne zu führen verstanden; man trug den verheißenden Geist des Antisemitismus hinein, ohne — was gerade hier doch notwendig gewesen wäre — irgend- wie von wissenschaftlichem Ernst und Können zu überzeugen. Für den Begriff „Selbstverwaltung“, die sich in Fach- und Wirtschaftsorganisationen hätte auswirken sollen, wurde der Begriff „Hochschulpolitik“ geprägt — was das ist, hat der Fall Belling, der vorjährige Bonner Studententag, der sogenannte Ver- sorgungskampf u. a. m. konkret gezeigt.

Damit fand dank der Tätigkeit der „Alten Herren“ die Partei- politik einen fruchtbareren Boden im Dienste „völkischer“, das heißt gegen das Volk gerichteter Betätigung; wie es in sich stetig verschlimmernder Weise bis heute auswirkt. Man organisiert die Studentenschaft in dem Arbeitervereinsverband „Technische Hochschule“, man treibt Leibesübungen (besonders in Form von Kleintatlerübungen) als Ersatz kriegerischer Militarisierung und anderes mehr. In der Innearbeit daselbe Bild: Man tritt mit Worten für Studienhilfe und Wirtschaftshilfe für notleidende Studierende ein, als Tat aber laßt man Beschlüsse, worin man

den Abbau der Studienhilfe beantragt und von einer „Inflation der Studiensteller“ spricht (wie nachweisbar geschehen ist).

Für den organisatorischen Ausbau vertritt man nach außen scheinbar das großdeutsche Prinzip; in Wirklichkeit aber verjagt man Studierenden aus Oesterreich und den Grenzlanden die Mitgliedschaftsrechte, wenn sie auf die völkische Blutprobe, wobei sogar nach Religion und Rasse von Eltern und Großeltern gefragt wird, als „Juden“ reagieren. So ist es möglich, daß in Wien allein über 2000 organisierte sozialistische und etwa 1500 freihei- liche Studierende außerhalb der sogenannten „Deutschen Studentenschaft“ geblieben sind, weil sie sich nicht völkischer Parteibiffatur unterwerfen wollten.

## Studenten gegen Staat.

Ebenso verständlich ist es, daß alle staatsstreuen Kreise innerhalb der Studentenschaft, die bei dem völkischen Werden leider immer noch in der Minderheit geblieben sind, sich vereinten und zur Wehr gesetzt haben, weil sie es außer aus politischen Gründen fast nicht, den sogenannten „Mehrheitsführern“, die in Wahrheit völkische Studentenvertreter ältesten Semesters sind, auf die Dauer ihre Gelder zu geben, die diese, wie zahl- reiche Korruptionsfälle bewiesen haben, wohl zu „ver- werten“ verstehen.

Gegebene Selbstverständlichkeit war es daher, die Volksver- tretungen auf die einschiedenen Mißbräuche des Studentenrechts aufmerksam zu machen. Die Rufe sind nicht verhallt. Nachdem bereits in Baden eine gesunde Hochschulreform durchgeführt worden ist, sind nunmehr durch den bekannten Weihnachtsbrief des preussischen Kultusministers auch die preussischen Studen- tenschaften vor die Entscheidung gestellt worden, ob sie weiter ihren „Meinövltischen“ Gelisten fronden oder im Geiste des Studentenrechts eine entsprechende Selbstverwaltung ausbauen wollen. Auch im österreichischen Parlament hat der sozialdemokratische Abgeordnete Leuthner kürzlich den Entwurf eines großdeutschen Studentenrechts eingebracht.

Die völkische Mehrheit der „Deutschen Studentenschaft“, die sich jetzt in Würzburg zu ihrer Jahrestagung versammelt, mag dann wählen. Entweder wird sie wirklich die Vertretung aller Studierenden oder sie nimmt die unverantwortliche Schuld auf sich, den großen Gedanken einer studentischen Selbst- verwaltung zerfchlagen zu haben.

## Aufgaben der Studenten in der Republik.

Zu dem letzteren scheint die Studentenschaft entschlossen zu sein. Run gut! Sie muß aber dann wissen, daß sie damit einen Kampf nicht nur gegen diesen oder jenen Minister führt, sie sich vielmehr nach außen gegen den Massenwillen des Volkes, der sich abwendet von völkisch reaktionärer Verheugung, auflehnt; nach innen aber geht der Kampf nicht nur gegen die von Tag zu Tag wachsenden Scharen republikanischer Studenten, sondern im letzten Kern gegen sich selbst! Sie gibt sich der Verachtung und Ent- rechtung preis. Die Entscheidung muß fallen — in Preußen bis zum 1. Oktober d. J. Daß die Staatsautorität stehen wird und siegen muß, ist sicher; denn der Mehrheitswille des Volkes wird sich durchsetzen auch an den Hochschulen, die zu gefallen so gut wie jede andere, Sache des Volkes ist. Um so eher aber wird der Sieg kommen, je eher und geschlossenere sich die republi- kanischen Studenten mit dem Freiheitsbewußtsein allen Burschengeistes zusammenscharen als Vorkämpfer für Volk und Staat.

## Zur Erdbebenkatastrophe in Palästina. Schäden vor allem im arabischen Wohngebiet.

Jerusalem, 14. Juli. (WZB.) Die Liste der Toten steigt ständig. Weitere 15 Todesfälle werden aus Ludd und anderen Teilen Palästinas gemeldet. 32 Personen werden als schwer verwundet gemeldet. In Ramleh sind 20 Personen schwer verwundet worden, in Ludd 16 und in dem übrigen Palästina 19. In Transjordanien lauten die offiziellen Zahlen: in Amman 9 tot, 35 schwer verwundet, in Es Salt 35 tot, 34 schwer verwundet, im übrigen Transjordanien 20 tot, 32 schwer verwundet. Die früheren Zahlenangaben aus Es Salt waren übertrieben.



doch wird berichtet, daß die Stadt großen Schaden erlitten und von der angsterfüllten Bevölkerung völlig geräumt worden ist. Die schweren Verluste in Ramleh sind aufscheinend auf den Einsturz einer Moschee zurückzuführen, die mit Unbuddigen gefüllt war. Der materielle Gesamtschaden läßt sich noch nicht abschätzen, da noch immer Häuser einstürzen. Eine Schätzung lautet auf 250 000 Pfund. Infolge der Latsche, daß Palästina sehr wenige natürliche Hilfs- quellen hat, ist die Aufgabe der Wiederherstellung des Schadens sehr schwierig. Die ärmsten Städte und Dörfer haben am meis- ten gelitten, was den Wiederaufbau noch schwieriger macht.

## Die Zerstörungen in Jerusalem.

Jerusalem, 14. Juli. (WZB.) Die Gerüchte von umfangreichen Zerstörungen, die das Erdbeben an historischen Denkmälern Jeru- salems angerichtet haben soll, sind weit übertrieben. Die Roshche Klaffe und einige benachbarte Gebäude sowie ein Minaret sind beschädigt worden. Die Kuppel und der Felsen des Heiligen Grabes sind unverletzt.

Das zionistische Bureau in Berlin gibt folgende Mit- teilung aus: In verschiedenen Berliner Zeitungen waren über den durch das Erdbeben in Palästina entstandenen Schaden übertriebene

Nachrichten verbreitet, die in weiten Kreisen der Angehörigen pa- lästinesischer Siedler in Deutschland große Beunruhigung hervor- gerufen haben. Insbesondere war in einzelnen Blättern davon die Rede, daß die zionistischen Siedlungen schwer gelitten haben, und die Ansiedler sich zur Abreise rüsten. Auf Grund der uns zugekom- menen Nachrichten können wir feststellen, daß die großen Schäden der Katastrophe ausschließlich im arabischen Wohngebiet entstanden sind, das galmie jüdische Siedlungsgebiet ist von der Katastrophe verschont geblieben und zwar sowohl sämtliche Kolonien als auch die jüdischen Stadtviertel. Es ist kein einziges jüdisches Todesopfer zu verzeichnen.

## Hilfe für Sachsen.

### Ein Aufruf der Arbeiterwohlfahrt.

Die furchtbare Wetterkatastrophe in Sachsen hat viele Todes- opfer gekostet und hat über sehr viele Bewohner des Unglücks- gebietes großes materielles Elend gebracht. Viele sind ihrer geringen Habe beraubt, sie stehen vor der Notwendigkeit, sich Existenz und Heim schaffen zu müssen. Reich und Staat müssen helfen, wie es ihre selbstverständliche Pflicht gebietet.

Daß die Arbeiterwohlfahrt ihre Pflicht erkennt, hat sie bei der ersten Hilfeleistung bewiesen, wo neben anderen auch Reichsbanner und Arbeiterwohlfahrt sich zur Verfügung stellten. Der Hauptausfluß für Arbeiterwohlfahrt, Berlin SW. 61, Belle- Alliance-Platz 8, Telefon Dönhoff 8188, hat mit seinen geringen Mitteln ebenfalls zu helfen gesucht. Er möchte diese Hilfe verviel- fachen. Deshalb wenden wir uns an die mit uns gleichführenden Kreise mit der Bitte:

### Beteiligt Euch an dem Werk der Solidarität und Nächstenliebe.

Es sind viele brave Arbeiter, Klassen- und Partei- genossen mit ihren Frauen und Kindern, die Tote beklagen, die vor den Trümmern ihres ehemaligen Heims stehen, die in Minuten das verloren haben, wofür sie die Kraft eines ganzen Lebens ein- gesetzt haben. Es gilt dem Elend rasch zu steuern! Der Haupt- ausfluß für Arbeiterwohlfahrt fordert deshalb seine Unterorganisa- tionen und Mitarbeiter, wie auch alle ihm nahestehenden Kreise zu aktiver Beteiligung an diesem Hilfswerk auf. Soweit nicht an die öffentlich bekanntgegebenen Sammelstellen der Arbeiterwohlfahrt in Sachsen unmittelbar Geldbeiträge überwiesen werden, bittet der Hauptausfluß, Zahlungen auf sein Postkontokonto, Berlin Nr. 5982, unter der Bezeichnung „Nothilfe für Sachsen“ vorzunehmen. Das Geld wird unverzüglich überwiesen. Nach Ablauf der Aktion erfolgt öffentlich Quittung.

### Wer zu der Hilfeleistung beitragen kann, möge schnellstens handeln!

Der Hauptausfluß für Arbeiterwohlfahrt e. V. Berlin, hat für die Opfer der Unwetterkatastrophe in Sachsen 5 000 M. überwiesen

Dresden, 14. Juli. (WZB.) Der deutsche Gesandte in Bern, Dr. Adolf Müller, hat dem schweizerischen Ministerpräsidenten Feldt im Namen des schweizerisch-deutschen Hilfskomitees 3 000 Franken zur Linderung der Not im Hochwassergebiet überwiesen.

## Die Berliner Polizeiruf- und Meldeanlagen

### Die Sicherheit soll besser werden!

Dem Beispiel Hamburgs, Frankfurts und anderer Großstädte folgend, wird nunmehr auch Berlin dazu übergehen, die schon bestehenden 30 Polizeirufanlagen und die damit in gewissem Zusammenhang stehenden privaten Polizeimeister in erheblichem Umfange auszubauen. Bis jetzt waren Rufanlagen in den Bezirken Mitte, Charlottenburg, Wilmersdorf und Tiergarten angelegt.

Jetzt soll das Netz auf ganz Groß-Berlin ausgedehnt werden. Die Zahl der polizeilichen Anlagen soll auf 200 erhöht werden; gleichzeitig soll die weitere Installierung von Privatmeldeanlagen erfolgen. Diese Anlagen sind direkt mit dem jeweiligen Ueberfallkommando verbunden. Sie werden mit Genehmigung des Polizeipräsidenten von der Berliner Notruf A.-G. und der Firma Siemens und Halste an Private verliehen. Das Interesse für derartige Schutz- und Sicherungsmaßnahmen beim Publikum ist außerordentlich groß. Die Notruf-Gesellschaft rechnet in Kürze mit einer Abonnentenzahl von 2000. Die Polizeirufanlagen können nur von Polizeibeamten bedient werden und sind nicht für den Gebrauch des Publikums bestimmt. Jeder Melder, der nur durch besondere Schlüssel geöffnet werden kann, besitzt eine direkte Telefonverbindung zur nächsten Reklerrunde und eine automatische Auslösung zum nächsten Ueberfallkommando. Durch eine einfache Hebelstellung wird also der in Bedrängnis geratene Beamte in der Lage sein, das Ueberfallkommando herbeizurufen. Die Zentrale wird durch Schriftzeichen davon unterrichtet, an welcher Stelle polizeiliche Verstärkungen verlangt werden. Die Privatmelder, die vom Publikum gemietet werden können, arbeiten ähnlich wie die Polizeimeister. Jede Anlage, ganz gleich, ob Jugendmeldeanlage oder unsichtbare Raumschutzsicherung, ist durch direkten Anschluß mit dem Ueberfallkommando verbunden. Die Anlage kann unauffällig in Tätigkeit gesetzt werden. Es ist vorgesehen, daß nach Möglichkeit innerhalb von vier bis fünf Minuten nach Erscheinen des Alarms das Ueberfallkommando am Tatort eintrifft.

## Wie den Verkehrsmängeln abgeholfen werden soll.

Die Verkehrsdeputation des Berliner Magistrats hat die von verschiedenen Seiten vorgebrachten Beschwerden und Anregungen über den Berliner Verkehr nachgeprüft und dazu Stellung genommen.

Die Klagen wegen Ueberfüllung der Straßenbahnen waren früher berechtigt, durch die Einführung des Einheitsstaris ist aber eine wesentliche Entlastung der Straßenbahnen eingetreten, da ein erheblicher Teil der Fahrgäste auf den Omnibus und die Untergrundbahn abgewandert ist. Die Zahl der Plätze in den Straßenbahnwagen ermöglicht es, den gewaltigen Verkehrsanstieg der Verkehrszeiten zu bewältigen, ohne daß es notwendig wäre, die Hauptverkehrsstraßen in noch stärkerer Weise mit Massenverkehrsmitteln zu belasten. Eine wirkliche Verbesserung des Verkehrs der Straßenbahn und des Omnibusses kann nur dadurch erzielt werden, daß durch den weiteren Ausbau des Schnellbahnnetzes ein noch größerer Teil des Verkehrs auf diese geführt wird. Nur auf den unabhängig vom Straßenverkehr fahrenden Schnellbahnen kann mit der pünktlichen Innehaltung des Fahrplans gerechnet werden. Die Verkehrsdeputation ist deshalb beabsichtigt, den Massenverkehr von der Straßenoberfläche abzugeben und auf die Schnellbahnen zu verweisen. Zur vorläufigen Verbesserung des Straßenbahnverkehrs sollen die alten Wagentypen allmählich aus dem Verkehr herausgezogen werden. Von den 3300 in Berlin täglich verkehrenden Straßenbahnwagen sind noch 600 umzubauen. Auch die Modernisierung des Wagenparks ist im vollen Gange. Es wird dahin gestrebt, die vielfach zu engen Sitzplätze zu verbreitern. Falls die neuen Straßenbahnzwillingswagen mit milderem Einstieg sich bewähren sollten, soll eine weitere Anzahl dieser Wagen in Bestellung gegeben werden. Versuchweise soll in nächster Zeit das Ein- und Aussteigen durch die vordere Tür freigegeben werden. Die Benutzung der vorderen Tür dürfte allerdings nur in den Sommermonaten durchführbar sein. Eine Trennung des Verkehrs in der Weise, daß die hintere Tür nur zum Einsteigen, die vordere nur zum Aussteigen freigegeben werden soll, wird nicht für zweckmäßig gehalten, da dadurch erhebliche Verkehrserschwerungen entstehen würden, weil ein Teil der Fahrgäste sich durch den ganzen Wagen begeben müßte, um ein- oder aussteigen zu können. Die Sicherheit der Bremsvorrichtungen ist einer sorgfältigen Prüfung unterzogen worden. Es haben sich keine Gründe dafür ergeben, daß das heutige Bremsensystem der elektrischen Strombremse nicht jeder nur denkbaren Sicherheit für den Betrieb bietet.

Im Omnibusverkehr hat der Einheitsstaris ein starkes Anwachsen des Verkehrs ergeben. Die Gesellschaft hat diesem Umstand sofort durch die Bestellung einer großen Anzahl von neuen Wagen, die wahrscheinlich im Herbst dieses Jahres in Betrieb gesetzt werden, Rechnung getragen. Auch werden sonst nach und nach die veralteten Wagen ohne Ueberdachung der Decke aus dem Betrieb herausgezogen werden und durch neue ersetzt werden.

Auch auf der Untergrundbahn ist nach Einführung des Einheitsstaris mit Umsteigerechtigung ein starkes Anwachsen des Verkehrs erfolgt. Auch hier wird das Platzangebot noch im Laufe dieses Jahres durch die Inbetriebnahme einer großen Anzahl von neuen Wagen eine erhebliche Vermehrung erfahren.

## Der Prozeß Werabichswili.

Vor einigen Tagen berichteten wir über den Beginn des Prozesses gegen den Georgier Werabichswili, der seinen Landsmann Wespelli auf der Straße in Paris erschossen hat. Er rächte gewissermaßen an diesem Ueberläufer zur Sowjetregierung sein unterdrücktes Vaterland. In der Gerichtsverhandlung trat auch Genosse Renaud, der im Jahre 1921 als Delegierter der Zweiten Internationale Georgien besucht hatte, als Zeuge auf. Er sagte, daß die georgische sozialdemokratische Regierung als Beispiel für ganz Europa dienen konnte und gezielte in scharfen Worten die Erschießungen der Arbeiter, Bauern und der Sozialisten in Georgien. Der Ueberfall der Sowjetregierung auf Georgien bedeutete nicht nur ein internationales Verbrechen, sondern war auch ein großer politischer Fehler. Er hat die ganze Welt mit Abscheu erfüllt, tief er aus. Das Gericht sprach Werabichswili frei.

## Nochmals der Bäckerarbeiterschut.

### Was dem „Deutschen“ unangenehm ist.

Das Resultat des Kampfes um die Bäckerberordnung wurde — wie nicht anders zu erwarten war — vom „Deutschen“ zu einigen boshaft sein sollenden Bemerkungen gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion benutzt. Der „Deutsche“ schreibt:

„Ohne die unermüdliche Arbeit einiger dem DGB. angehörenden Reichstagsabgeordneten wäre der Antrag Wiener Gesetz geworden. Die Arbeitnehmer in den Bäckereien hätten wohl das stolze Gefühl gehabt, daß die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten es nicht an starken Worten haben fehlen lassen, aber an der Einführung der Sonntagsarbeit und an der zuschlagfreien Mehrarbeit hätte diese Tatsache nichts geändert.“

So viel Redheit wirkt nur noch komisch. Der „Deutsche“ schafft nicht die Tatsache aus der Welt, daß es die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war, die dadurch, daß sie für die Ziffer 5 des Gesetzeswerkes zur Abänderung der Bäckerberordnung namentliche Abstimmung fordernde, die Aufhebung der Sonntagsruhe verhindert hat.

Der „Deutsche“ spricht davon, daß durch die Annahme eines Antrages Westarp, Stegerwald und Genossen die beabsichtigte Einführung der Sonntagsarbeit verhindert worden sei, aber in diesem Antrag ist von der Sonntagsarbeit überhaupt nicht die Rede. Die Ziffer 5 des Gesetzeswerkes zur Abänderung der Bäckerberordnung, die die Sonntagsarbeit von zwei Stunden enthält, bestand bis zum letzten Augenblick und kam — um es nochmals zu betonen — lediglich dadurch zu Fall, daß die sozialdemokratische Fraktion namentliche Abstimmung über diese Ziffer beantragt hatte.

In der namentlichen Abstimmung zerfiel der Bürgerblock. Arbeiterinteressen und religiöse Empfindungen schlugen sich auf die Seite der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion — ein Zeichen, daß beide Dinge in Bürgerblock zu kurz kamen und daher mit der Opposition gehen mußten. Die Tatsache ist dem „Deutschen“ offenbar unangenehm. Ein Zusammengehen mit den Unternehmervertretern scheint ihm angenehm und natürlicher zu sein.

## Mutterschutz mit Ausnahmen.

### Landarbeiterinnen und Hausangestellte schutzlos.

Vor einigen Tagen hat der Reichstag das Gesetz über den Schutz der Frauen vor und nach der Niederkunft verabschiedet. Der vom Deutschen Landarbeiterverband energisch unterstützte Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, in das Gesetz auch die Landarbeiterinnen und weiblichen Hausangestellten einzubeziehen, ist dabei abgelehnt worden.

Der Beschluß der Bürgerblockregierung und der sie tragenden bürgerlichen Mehrheit ist ein brutaler Schlag gegen die Landarbeiterinnen und weiblichen Hausangestellten. Dieser Schlag ist um so schwerer, als gerade diese Berufsgruppen bisher auf einen einigermaßen annehmbaren Schwangerschutz verzichten mußten, und weil feststeht, daß das Gesetz neue Soziallasten für die Unternehmer nicht mit sich bringt. Der Vorteil des Gesetzes ist mehr ideeller Art und liegt lediglich in der Verlängerung der Freizeit und in der Einführung eines Schutzes gegen Kündigungen.

Auf die Frage, was denn zur Verteidigung des Regierungsstandpunktes gesagt werden könne, erklärte der Reichsarbeitsminister vor der Abstimmung, die vorläufige Ausschaltung der Landwirtschaft aus dem Gesetz bedeute keineswegs, daß die Regierung die in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen und ihre Kinder schutzlos lassen wolle. Das Washingtoner Abkommen habe aber die Landwirtschaft nicht berücksichtigt und daher sei sie aus dem vorliegenden Gesetz herausgelassen worden.

Das ist keine Entschuldigung. Der Deutsche Landarbeiterverband ist durchaus im Recht, wenn er gegenüber dieser Erklärung des Reichsarbeitsministers betont, daß die Reichsregierung das Washingtoner Abkommen annehmen und dennoch sehr wohl in dem das Abkommen ausführende Gesetz auch die Einbeziehung der Landwirtschaft vorsehen konnte. Sie konnte das eine tun und brauchte das andere nicht zu lassen. Wer hinderte sie, über das Washingtoner Abkommen hinauszugehen? Der Wohltätigkeit sind bekanntlich keine Schranken gesetzt.

Was der Reichsarbeitsminister zur Entschuldigung vorbrachte, ist nur eine faule Ausrede. Der wirkliche Grund für das Vorgehen des Bürgerblocks liegt in der Angst vor den Agrariern. Diese haben die Einbeziehung der Landwirtschaft in das Gesetz schroff abgelehnt. Und vor dieser Brutalität klappete man — aus politischen Gründen — zusammen. Sollte man es der Landarbeiterinnen und weiblichen Hausangestellten wegen auf einen bösen Krach antommen lassen und politische Geschäfte aufs Spiel setzen?

Werden sich die Landarbeiterinnen und Hausangestellten diesen bösen Streich merken, den ihnen der Bürgerblock spielt? Sie haben es in der Hand, bei der nächsten Reichstagswahl die ihnen gegenüber gezeigte Unerfrorenheit und Unverschämtheit mit dem Stimmzettel zu quittieren.

Im Parlamentsbericht des „Reichsanzeigers“ ist davon die Rede, daß der Reichstag die Vorlegung eines Mutterschutzgesetzes für die weiblichen Arbeitnehmer in der Landwirtschaft gefordert habe. Das entspricht nicht den Tatsachen. In einer Entscheidung ersucht der Reichstag lediglich die Reichsregierung um die Erstattung eines Berichtes über die Gesundheitsverhältnisse der Landarbeiterinnen sowie über die Säuglingssterblichkeit in den Landarbeiterfamilien.

Wer die landwirtschaftlichen Verhältnisse kennt, weiß, daß es in launiger Hinsicht draußen auf dem Lande noch viel schlechter aussieht als in den Städten. Die Schwierigkeiten, die einer rechtzeitigen ärztlichen Untersuchung auf dem Lande im Wege stehen, sind die Ursachen für ungeheürliche verschleppte chronische Leiden. Dazu kommt das Wohnungsproblem, und schließlich verurlichen gerade auf dem Lande die Folgen ungenügender Schonung vor und nach

der Niederkunft ebenfalls Tausende von Frauenleben. Wie man angesichts solcher stadt- und landbetannter Dinge erst noch lange einen Bericht über die Gesundheitsverhältnisse aufstellen muß, statt sofort zur Tat, das heißt zur gesetzlichen Sicherung eines ausreichenden Muttersehutzes für die Landarbeiterinnen zu schreiten, ist einfach unbegreiflich.

## Aus der Lederwarenindustrie.

### Der Zuschlag für Ueberstunden.

Für das Gebiet des ostdeutschen Tarifvertrages, umfassend den Regierungsbezirk Frankfurt a. d. O., die Grenzmark, die Restteile der ehemaligen Provinz Westpreußen und die Provinz Ostpreußen, waren am 13. Juli vor dem Reichsarbeitsministerium Verhandlungen anberaumt, um den Ueberstundenzuschlag auf Grund des § 6a des neuen Arbeitszeitgesetzes festzulegen.

Der Arbeitgeberverband hatte es abgelehnt, mit dem Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilierverband zu verhandeln, weil nach seiner Auffassung diese Frage zwischen Unternehmer und Arbeiter zu regeln sei. Die Unternehmer hatten auch der Einladung des Reichsarbeitsministeriums keine Folge geleistet und in einer Zeitschrift betont, daß es „den Arbeitgebern nicht zugemutet werden könnte, wegen jeder Kleinigkeit nach Berlin zu kommen.“ Im übrigen erklärten sie die bisherige Regelung, wonach für die ersten fünf Ueberstunden überhaupt kein Zuschlag gezahlt wird, für ausreichend. Die Arbeitnehmer erklärten, daß es gerade in diesem Gebiete notwendig sei, der willkürlichen Verlängerung der Arbeitszeit entgegenzuwirken.

Hierauf wurde der Schiedspruch gefällt, wonach auch für die erste Ueberstunde an den ersten fünf Wochentagen 25 Proz. Zuschlag zu bezahlen ist.

Für das Gebiet des freistaates Sachsen-Ost ist eine Ueberstundenzuschlag dahin erzielt worden, daß für alle Ueberstunden 25 Proz. Zuschlag erfolgt. Im übrigen sollen Ueberstunden möglichst vermieden werden.

Am Freitag, dem 15. Juli, finden in Berlin Verhandlungen mit dem Bund Deutscher Lederwarenfabrikanten statt, wo auch der Ueberstundenzuschlag für Berlin, Regierungsbezirk Potsdam, Provinz Sachsen und Pommern, die Freistaaten Anhalt und die beiden Mecklenburgs zur Beratung steht. Ferner soll eine Aussprache über die Erzeugung von Lederwaren in den Strajanstalten folgen.

## Produktive Erwerbslosenhilfe für Schauspieler.

Die Genossenschaft Deutscher Bühnengänger berichtet in einer soeben erschienenen Broschüre über die Kostandsmaßnahmen, die sie mit Unterstützung der Behörden im Winterhalbjahr 1926/27 für die erwerbslosen Schauspieler durchgeführt hat.

Die Bühnengenossenschaft arrangierte aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenhilfe in mehreren Provinzen des Reiches Gastspiele, durch die etwa 400 erwerbslosen Schauspielern wenigstens vorübergehend zu einer Erwerbstätigkeit verholfen wurde. Diese Vorstellungen, von denen allein in Berlin 159 stattfanden, standen alle auf einem hohen literarischen Niveau, was auch aus den vielen Urteilen der Presse, die in der Broschüre abgedruckt sind, hervorgeht. Im allgemeinen brachten die Behörden dem Unternehmen der Bühnengenossenschaft volles Verständnis entgegen, so daß sie im kommenden Winterhalbjahr ihre Kostandsaktion, noch besser vorbereitet als im vergangenen, wiederholen wird.

## Lohnbewegung der Rotterdamer Metallarbeiter.

Rotterdam, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Eine allgemeine Lohnbewegung steht in der Rotterdamer Metallindustrie bevor. Schon seit einiger Zeit ist auf der Wert Fegenoord eine Lohnbewegung im Gange, da die Löhne dort in keiner Weise mehr den heutigen Verhältnissen angemessen sind. Die seit 1921 in der Rotterdamer Metallindustrie durchgeführten Kürzungen stehen, wie auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Amsterdamer Ortsgruppe des Allgemeinen Niederländischen Metallarbeiterverbandes von dem Sekretär Van der Houven festgestellt wurde, in keinem Verhältnis zu den ausgeschütteten Gewinnen. Jetzt, wo die Metallindustrie alle Hände voll zu tun habe und die Nachfrage nach geschulten Arbeitskräften sehr groß sei, hätten die Arbeitgeber die Aufgabe, die Gelegenheit zu benutzen und die stark heruntergesetzten Löhne wieder auf einen erträglichen Stand zu bringen. Die Stundenlöhne der Amsterdamer Metallarbeiter seien um 8 Cent höher als in Rotterdam und trotzdem sei die Konkurrenzfähigkeit der Amsterdamer Betriebe nicht beeinträchtigt. Im Anschluß an die Aussprache beschloß die Ortsgruppe Rotterdam einstimmig, die Bewegung auf der Wert Fegenoord zu einer allgemeinen Bewegung in Rotterdam zu erklären.

## Arbeitslosenkundgebung in Warschau.

Warschau, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In Zirardow bei Warschau demonstrieren gestern vor dem Magistrat 2000 Arbeiter, die seit Juli vorigen Jahres arbeitslos sind und von denen nur ein kleiner Teil Arbeitslosenunterstützung bezieht. Darauf zogen die Arbeiter vor des Verwaltungsgebäude der größten Zirardower Fabrik, wo sie in einer Resolution die Einstellung von Arbeitern verlangten. Die Fabrikleitung wandte sich jedoch, statt jeder Antwort, an die Polizei, welche die Menge zerstreute.

Ein treues Mitglied der SPD., nicht ein „neues“ Mitglied, wie es infolge eines Sachfehlers in unserer heutigen Morgenausgabe heißt, ist John, der frühere Branchenleiter der Töpfer.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9-3 Uhr und 4-6 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Textteil: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gemeindefachredaktion: A. Reinert; Illustrationen: Dr. John Schillings; Photos und Zeichnungen: Fritz Koppitz; Anzeigen: Th. Glöckler; Druck: Verlags-Druckerei, Berlin; Fernruf: 2133; Druck: Verlags-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

## Bevor Sie Tapeten kaufen!

müssen Sie die Ausstellung der Tapeten-Spezialfirma  
**Tapeten-Stahlke**  
Lindower Straße 5  
im Ringbahnbogen am Ausgang Bahnhof Wedding, Untergrundbahn-Station Wedding gesehen haben.  
4 Schaufenster reichhaltige Tapeten  
mit billigen Engrospreisen überzeugen.  
Durch wagnisvollen Engrosverkauf 40%  
Ersparnis! - Der weiteste Weg lohnt!

**Wettannahme des Union-Klubs**  
Berlin NW 7, Schadowstraße 8, part.  
**Volle Totalisatorquote ohne Abzug**  
Wettbestimmungen  
auf Wunsch kostenlos. — Postaufträge und Anträge auf kostenlose Einrichtung von Konten nur an die Zentrale Schadowstraße 8.  
Tel.-Adr.: Wettannahme Berlin Schadowstraße 8.

**Elektrische Anlagen**  
10-12 Monatsraten, ev. auch ohne Anzahlung  
2 Zimmer 65,—, 3 Zimmer 80,—, 4 Zimmer 100,—, M. einschl. Küche, Korridor und Bad.  
Vertragsbesuch und Kostenvoranschläge unverbindlich!  
**G. Joh. Reincke & Co.**  
Geprüfter Elektromeister  
Berlin-Schöneberg, Maxstraße 6, Stephan 8270.

**Marken-Zigaretten**  
Große Auswahl, billige Preise.  
**Juno reichlich am Lager**  
Markgrafstr. 23 und  
Neue Schönehauserstr. 4/2

**Auf Teilzahlung**  
Herren-, Damen-Garderobe  
Anzüge, Gummi-Mäntel, Kleider  
**MÖBEL**  
bis 18 Monatsraten  
Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer.  
Küchen, Einzelmöbel, Federbetten  
Aniel Gr. Frankfurter Str. 34  
(Strausberger Platz).

Schlafzimmer . . . 470,- M.  
Speisezimmer . . . 210,-  
Bierzimmer . . . 235,-  
Wohnzimmer . . . 275,-  
Anrichtentischen . . . 110,-  
Schreibtische . . . 95,-  
Ankleideschränke . . . 75,-  
Ständchen . . . 95,-  
Auf Teilzahlung  
**Möbelhaus Kuntz**  
Neukölln, Prinz-Handjerystr. 2

**Küchen**  
jetzt bedeutend billiger  
„Erika“-Küchen 35 H. 70 H.  
Kerische-Küchen „Jura“ 70 H. 110 H.  
Kerische-Küchen „Berit“ 95 H. 145 H.  
Kerische-Küchen „Kia“ 125 H. 170 H.  
(Einbauschrank, 90 cm)  
35 H. 48 H.  
Ausstellung feiner Rheinischer Küchen.  
**Küchenmöbel-Haus**  
Laserstein, Luckauer Straße 1  
Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

**Eisenmoorbad Wilsnack**  
(Berlin-Hambg.-Bahn). Erfolgreichstes Bad gegen Gicht, Rheuma, Ischias und Frauenleiden. Erfolg tausendfach bestätigt. Eröffnung 1. Mai 1927. Kurzeit ganzjährig. Prospekte durch die Badeverwaltung und diverser Reisebüros.

Herstellung von  
**künstlichen Augen**  
vollendetster Ausführung  
**Ludwig Müller-Uri**  
Berlin NW 6, Karistraße 15.  
Gegründet 1835, älteste Anstalt Deutschlands.  
Das ganze Jahr ständig geöffnet werktags von 9-4 Uhr.

**HAUS UND HAUSRAT GILDENHALL**  
G. M. B. H.  
**MÖBEL HAUSRAT**  
in schlichter Form u. gediegener Ausführung  
VERKAUFSTELLEN:  
Berlin W., Königin-Augusta-Str. 21  
an der Potsdamer Brücke  
Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 41-42  
Charlottenburg, Bismarckstr. 66